Frankreich

CHRISTIAN LEQUESNE/FRANÇOISE DE LA SERRE

Frankreich blickt in bezug auf seine Europapolitik auf ein sehr wechselhaftes Jahr zurück. Zwar wurde der Vertrag von Amsterdam mit großer Mehrheit ratifiziert und durch die Konferenz von St. Malo ein wichtiger Schritt in Richtung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) getan. Dem stehen jedoch die enttäuschend geringe Beteiligung der Bevölkerung an den Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) und ein aus französischer Sicht relativ unbefriedigendes Ergebnis in den Verhandlungen über die Agenda 2000 entgegen.

Ratifikation des Amsterdamer Vertrages

Im März 1999 wurde der Amsterdamer Vertrag dem Parlament zur Ratifikation vorgelegt. Präsident Jacques Chirac hatte das von Françoise Mitterrand eingeführte Referendumverfahren für den Vertrag von Maastricht gestrichen, um den Unstimmigkeiten über die europäische Frage in der französischen öffentlichen Meinung und mehr noch innerhalb seiner eigenen Partei nicht freien Lauf zu geben.

Die großen politischen Parteien - auf der rechten wie auf der linken Seite - hatten kaum Lust, sich im Parlament für ein Thema zu mobilisieren, das zu jedem Zeitpunkt ihre innere Kohäsion kompromittieren kann. Die Verfassungsreform und die Ratifikation des Amsterdamer Vertrages sind daher relativ unbemerkt von der französischen Öffentlichkeit verlaufen. Der Senator Robert Badinter, der im Namen der Sozialisten die Debatte über die Revision der Verfassung eröffnet hatte, hatte sich für einen Vertrag ausgesprochen, der „begrenzt in seiner Tragweite, bescheiden und vorhersehbar ist"[1]. Einzig der Führer der RPR (Rassemblement pour la République), Charles Pasqua, äußerte sich deutlich gegen „die Abgabe eines neuen Zipfels der nationalen Souveränität und (...) für die Republik wie General de Gaulle sie wollte und für Frankreich"[2]. Er warf Chirac vor, eine demokratische Debatte über Europa zu verhindern, indem er kein Referendum organisiere. Die Verfassungsrevision war vor allem für die Abgeordneten und Senatoren Gelegenheit, ihr Überwachungsrecht zu europäischen Fragen auszuweiten. Kraft des neuen Artikels 88 (4) der Verfassung hat die französische Regierung künftig die Pflicht, der Nationalversammlung all diejenigen Projekte der Europäischen Union zur Prüfung vorzulegen, die legislative Bestimmungen beinhalten und nicht mehr nur diejenigen der Europäischen Gemeinschaft.

Am Schluß der Debatte zur Verfassungsrevision hatte die Abstimmung ohne Schwierigkeit die erforderliche Dreifünftelmehrheit von 758 „Ja"- gegen nur 111

„Nein"-Stimmen erbracht.[3] Zu den Gegnern des verfassungsändernden Gesetzes zählten 43 Abgeordnete und Senatoren der RPR und 43 Vertreter der Kommunistischen Partei (PC).

Das am 23. Mai 1999 verkündete Ratifikationsgesetz zum Vertrag von Amsterdam wurde sowohl in der Nationalversammlung als auch im Senat kaum diskutiert. Im Parlament bezogen einzig die Abgeordneten der Kommunisten massiv gegen den Vertrag von Amsterdam Stellung. Sie wurden unterstützt von 18 der 138 Abgeordneten der RPR, der Hälfte der Gruppe „Radical, citoyen et vert" und einigen einzelnen Abgeordneten der Sozialisten und der Zentrumsparteien UDF (Union pour la Démocratie Française) und „Démocratie Libérale et Indépendants". Wichtigstes Element der Debatte zur Ratifikation war der Vorschlag, dem Ratifikationsgesetz einen Artikel 2 hinzuzufügen, der den Entschluß Frankreichs ausdrückt, „über die Vereinbarungen des Amsterdamer Vertrages hinaus, substantielle Fortschritte auf dem Wege der Reformen der Institutionen der EU vor dem Abschluß der ersten Erweiterungsverhandlungen"[4] verwirklicht zu sehen. Es handelt sich hier um die Bestätigung eines Engagements, dem sich die Regierung von Lionel Jospin auf dem Europäischen Ratsgipfel von Amsterdam verschrieben hatte, indem zusammen mit Italien dem Vorschlag Belgiens zugestimmt wurde, dem neuen Vertrag eine Erklärung über die Einberufung einer notwendigen Regierungskonferenz vor jeglicher Erweiterung anzufügen. Der entsprechende Vorschlag Jospins wurde trotz der Unterstützung der deutschen Präsidentschaft auf dem Europäischen Rat von Köln im Juni 1999 deutlich abgelehnt.

Geringe Beteiligung an der Wahl zum Europäischen Parlament

Die Europawahl am 13. Juni 1999 war geprägt vom hohen Anteil der Nichtwähler. 53,2% der eingeschriebenen Wähler sind nicht zu den Urnen gegangen. Die Anzahl der abgegebenen, aber ungültigen Wahlscheine näherte sich der 6%-Marke der eingeschriebenen Wähler. Ohne Zweifel erklärt sich dies teilweise mit der Polarisierung der öffentlichen Meinung über den Krieg im Kosovo. Die Wahlmüdigkeit zeigt aber auch die Schwierigkeit der französischen Wählerschaft, den Platz einzuschätzen, den das EP innerhalb des politischen Systems der EU innehat. Die Meinungsumfragen verdeutlichen diese Schwierigkeit: Ende 1998 hatten 57% der Franzosen in letzter Zeit nichts vom Europäischen Parlament gehört. Unter ihnen waren zwischen einem Drittel bis die Hälfte der am meisten gebildeten oder vermögenden sozialen Schichten vertreten, diejenigen also, die am meisten Informationen konsumieren[5].

Mit dem Ziel, dieses Fehlen eines europäischen politischen Bewußtseins zu ändern, hatten die Mitglieder des „Comité d'orientation" der Stiftung „Notre Europe" unter dem Vorsitz von Jacques Delors im Jahre 1998 vorgeschlagen, daß die verschiedenen im Parlament vertretenen politischen Formationen ihren Kandidaten für den Posten des Präsidenten der Kommission benennen. Ein Vorschlag, der weit davon entfernt war, Einstimmigkeit innerhalb der Regierung Jospin zu bekommen.

In Frankreich erklärt sich die schwache Mobilisierung der Wählerschaft bei Europawahlen auch mit dem Verfahren der Verhältniswahl und einem einheitlichen nationalen Wahlkreis. Da die Wähler sich lediglich für eine Parteiliste von bis zu 87 Namen entscheiden konnten, hatten sie kaum das Gefühl, direkten Einfluß auf ihre Vertreter in Straßburg nehmen zu können. Das Projekt der Regierung Jospin im Vorfeld der Wahlen vom Juni 1999, das eine Aufteilung des Wahlkreises in regionale Wahlkreise vorsah, wäre ein Mittel gewesen, diese Distanz zwischen Wähler und Gewählten zu verringern. Der Premierminister hatte jedoch im Juli 1998 entschieden, darauf zu verzichten, angesichts der entschiedenen Ablehnung seiner Partner in der Regierungskoalition (Kommunistische Partei, Partei der Grünen und die „Mouvement des citoyens"), die eine solche Reform als eine Gefahr ansahen, daß sich die Anzahl ihrer Abgeordneten in Straßburg verringern könnte[6].

Zwanzig Listen waren bei der Europawahl vom Juni 1999 vertreten. Der linke Flügel stellte drei davon. Die Liste der Sozialisten (PS), an die sich einige Vertreter der „Parti Radical de Gauche und der „Mouvement des citoyens" angliederten. zählte im gleichen Maße Persönlichkeiten, die sehr an einer Vertiefung der EU interessiert sind und andere (wie die Mitglieder der „Mouvement des citoyens), die sehr kritisch im Hinblick auf jeglichen Eingriff in die nationale Souveränität durch die EU sind. Die Liste der Kommunistischen Partei, angeführt vom Vorsitzenden Robert Hue, hatte entschieden, mehrere nicht-kommunistische Persönlichkeiten zu beteiligen, mit dem Ziel, die Öffnungsbemühungen und die Neuorganisation zu unterstreichen, die seit einigen Jahren von der Parteiführung angestrebt werden. Spitzenkandidat der Grünen war Daniel Cohn-Bendit, Lichtgestalt des linken Protestes von 1968, der damit seine Rückkehr in die französische politische Szene nach dreißig Jahren politischer Aktivität in Deutschland markierte.

Bei der Rechten verdeutlichte die Präsenz von drei Listen einmal mehr die schwierigen Probleme in der Führung innerhalb der wichtigsten Parteien und die tiefen Unstimmigkeiten über die Europapolitik. Innerhalb der RPR war es Philippe Seguin (einer der „Anti-Maastrichter" während des Referendums von 1992), der anfangs vom Präsidenten Chirac beauftragt wurde, eine Allianzliste mit der Partei der liberalen Demokraten von Alain Madelin zu gründen. Unter dem Vorwurf, der Präsident habe ihn nicht genügend gegen die wiederholten Attacken sowohl der pro-europäischen „Zentristen" der UDF als auch der „Euroskeptiker", Abtrünnige der RPR, unterstützt, trat Philippe Seguin am 16. April 1999 unter lautem Getöse zurück. Trotz der Appelle zur Gründung einer einheitlichen Liste gelang es seinem Nachfolger Nicolas Sarkozy nicht, die Rechte um ein gemeinsames europäisches Projekt zu versammeln. Anspruch auf die föderale Erbschaft der Christdemokraten erhebend, behielten die Zentristen der UDF, koste es was es wolle, ihre eigene Liste unter der Führung von François Bayrou bei. Unter dem Einfluß von Charles Pasqua entschieden die Erben des traditionellen Gaullismus ihrerseits eine eigene Liste zu präsentieren, indem sie sich dem nationalkonservativen Anführer Philippe de Villiers anschlossen. Die Europawahl hat schließlich das Auseinanderbrechen der Extremen Rechte in zwei unterschiedliche politische Formationen zum Vorschein gebracht: die „Front National" einerseits und die „Mouvement National" anderer-

seits. Es ist dies das Ergebnis einer „Schlacht unter den Chefs", zwischen dem Gründerpräsidenten des „Front National", Jean-Marie Le Pen, und der Nummer zwei der ursprünglichen Partei, Bruno Mégret, aus Gründen, die eher mit der Kontrolle der Machtstrukturen zu tun hatten, denn mit ideologischen Divergenzen.

Die Ergebnisse widersprechen der These, nach der die Europawahlen lediglich die Spielereien der nationalen Politik widerspiegeln. In Frankreich haben die Wähler ein Auge auf diejenigen Listen geworfen, die im Laufe des Wahlkampfes versucht hatten, sich deutlich zum europäischen Thema zu positionieren. Die Ergebnisse des europäischen Wahlganges sind im wesentlichen folgende:[7]

- In der Linken ist das sehr gute Abschneiden der Grünen (9,72% der Stimmen und neun Abgeordnete) das Ergebnis eines Wahlkampfes, in dessen Verlauf ein europäisches politisches Projekt deutlich zum Vorschein kam: die Erarbeitung einer europäischen Verfassung, institutionelle Reformen, die zu einem politischen System föderalen Typs führen und eine Politik der Steuerharmonisierung.
- Im rechten Flügel waren zwei Listen erfolgreich, die im Unterschied zur Liste RPR (12,71% der Stimmen und 12 Sitze), ihren Wahlkampf über das europäische Thema bestritten haben. An der Spitze der Rechten mit 13,05% der Stimmen und 13 Mandaten setzte sich die Liste Pasqua-de Villiers für eine EU ein, deren Ambitionen auf eine Kooperation unter Staaten begrenzt werden soll. Ihr Wahlprogramm zog die „Euroskeptiker" der Wählerschaft der Rechten an, denen die europäische Integration mit der Wirtschafts- und Währungsunion zu weit geht, und die deshalb die Legitimität des republikanischen Staates bedroht sehen. Aus dem guten Ergebnis der Liste Pasqua-de Villiers bei den Europawahlen ist eine neue politische Partei entstanden, die symbolisch die Bezeichnung der ersten gaullistischen Bewegung, die 1947 gegründet wurde, übernommen hat: „Le Rassemblement pour la France". Die Liste Bayrou (9,72% der Stimmen und neun Sitze) hat ebenfalls eine Wählerschaft der Zentrumsrechten angezogen, die die Eingliederung Frankreichs in ein europäisches politisches Systems föderalen Typs als kohärent und legitim ansehen. Der Achtungserfolg der Liste Jagd, Angeln, Natur, Tradition (Chasse, Pêche, Nature et Tradition, CPNT) mit 6,7% der Stimmen und fünf Mandaten ist Ergebnis eines Wahlkampfes, der sich in erster Linie um das Thema Europa drehte. Entstanden Ende der achtziger Jahre im Südwesten Frankreichs aus einer Oppositionsbewegung der Jäger gegen bestimmte Gemeinschaftsrichtlinien, die das Jagen regeln, erschien CPNT in dieser Wahl als ein Beschützer der lokalen Besonderheiten, der sich gegen eine EU richtet, die kontinuierlich die historischen Unterschiede zwischen Territorien verwischt.

Agenda 2000

Nach wie vor unterstützt Frankreich den Erweiterungsprozeß der EU unter der Bedingung, daß er „beherrschbar" ist und ihm weiterhin eine als „unumgänglich" angesehene Reform der Institutionen vorangeht[8]. Es ist außerdem offensichtlich, daß in bezug auf den Rhythmus und die Modalitäten der Verhandlungen Frankreich

weder die Entwicklung zu forcieren wünscht noch vorab zu bestimmen sucht, welche Zeit sie dauern würden.

Die langwierigen und schwierigen Verhandlungen über die Agenda 2000, die sich von Oktober 1998 bis zum Europäischen Rat von Berlin im März 1999 hinzogen, waren von drei Hauptthemen beherrscht: das Problem der zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen (Stabilisierung oder Zunahme?), das Problem der Beiträge zum Gemeinschaftshaushalt sowie die Frage der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und der Strukturpolitiken (welche Höhe mit welchen Konsequenzen?). Konstant hatte die französische Regierung es abgelehnt, das Agrardossier separat zu verhandeln. Sie machte jegliches Zugeständnis zur GAP von einem generellen Abkommen über die Neuordnung der Finanzen der EU abhängig. Diese Weigerung, aus dem Agrardossier die prinzipielle Anpassungsvariable beim Haushaltsstreit zu machen, erklärt insbesondere die Mißverständnisse und Widerstände, die im Dialog mit Bonn auftauchten sowie die französische Weigerung, den von der deutschen Präsidentschaft am 11. März vorgeschlagenen Kompromiß über den Agrarbereich zu billigen.

Was das Problem der zur Verfügung stehenden Ressourcen für den Zeitraum 2000-2006 anbelangt, orientierte sich Frankreich an den Mitgliedstaaten, die sich für eine Stabilisierung der Ausgaben einsetzten und die einer aktuellen Überschreitung der zur Verfügung stehenden Eigenmittel kritisch gegenüberstanden.

Frankreich hat zudem das Problem der Beiträge zum Gemeinschaftshaushalt in Angriff genommen. Das Land leistet aufgrund der bedeutenden „Rückflüsse", die aus dem Agrarbereich kommen, nur einen geringen Nettozahlerbeitrag. Dies hat Frankreich veranlaßt, nicht mehr als marginalen Modifikationen des bestehenden Systems zuzustimmen. Es hat kategorisch die Generalisierung eines Systems verweigert, das von den britischen Ausgleichszahlungen inspiriert ist. Ein solcher Mechanismus, der für Frankreich hohe Belastungen zur Folge hätte widerspräche der finanziellen Solidarität. Die französischen Vertreter plädierten statt dessen für eine bessere Berücksichtigung der Beitragsfähigkeit der Staaten. Dies bedeutet eine progressive Verringerung des Anteils der Mehrwertsteuer bei den Eigenmitteln und eine Zunahme der Mittel aus dem Bruttosozialprodukt, bei einem gleichzeitigen Verzicht auf den Fortbestand des „britischen Schecks".

Hinsichtlich der Reform der GAP sah Frankreich sich einem doppelten Druck ausgesetzt: dem Druck derjenigen Länder, die eine tiefgreifende Reform der GAP durch eine deutliche Senkung der Unterstützungspreise im Vorfeld der nächsten Verhandlungen der WTO wünschten, und dem Druck der Kommission, die dem Fortgang der Reform von 1992 den Vorschlag einer Kofinanzierung der Agrarausgaben in Höhe von 25% der Direkthilfen an die Landwirtschaft hinzufügen wollte – Hilfen, die die Hälfte des Agrarhaushaltes darstellen. Von den Bauerngewerkschaften massiv unterstützt, organisierte sich die Gegenoffensive Frankreichs um drei Optionen: eine GAP, die sich auf etwas weniger als 50% des Gemeinschaftshaushaltes stabilisiert, ein stärker an die Reform von 1992 gemessener Fortgang im Bereich der Preissenkungen als dies die Kommission wollte, eine kategorische Weigerung der Kofinanzierung, die die französischen Finanzver-

waltung teuer zu stehen gekommen wäre und die in den Augen Frankreichs eine teilweise „Renationalisierung" der GAP angekündigt hätte. Als Alternative zur Kofinanzierung regte die französische Regierung in einem Arbeitspapier, das Anfang Februar präsentiert wurde[9], eine Reorientierung in Richtung einer sparsameren und mehr auf die Umwelt und die Beschäftigung konzentrierten GAP an. Der zentrale Punkt des französischen Textes war der Vorschlag einer Degression der direkten Hilfen an die Landwirte, eine Degression, die sicherlich die großen Getreideproduzenten bestraft, aber Einsparungen gebracht hätte, die zu zwei Dritteln hätten dazu genutzt werden können, das Haushaltsungleichgewicht abzuschwächen und zu einem Drittel um die ländliche Entwicklung zu finanzieren.

Weder die Kofinanzierung noch die Degression der Hilfen tauchten letztendlich im ausgearbeiteten Kompromiß vom EuropäischenRat in Berlin auf. Wenn man Bilanz zieht, könnte man meinen, die französischen Unterhändler müßten mit den Ergebnissen eigentlich zufrieden sein. Einige Elemente des „Paketes" hinterlassen in der Tat den Eindruck, daß Frankreich als Gewinner aus den Verhandlungen über die Agenda 2000 hervorgegangen ist: Die Senkung der Preise ist moderater als ursprünglich vorgesehen, die Reform für den Milchsektor wurde vertagt, auf die Mechanismen der Kofinanzierung und Ausgleichszahlungen wurde verzichtet. Aber bei näherer Betrachtung wird deutlich, daß die Vorteile einer genaueren Analyse bedürfen. In bezug auf die Landwirtschaft hat Paris keine stärkere Förderung der ländlichen Gebiete erreicht. Bei den Strukturfonds wird die deutliche Reduzierung der förderungswürdigen Gebiete in der Zielregion 3 negative Auswirkungen für einige Regionen haben. Mit den Berliner Vereinbarungen zahlt Frankreich einen hohen finanziellen Tribut beim Ausgleich der erreichten Konzessionen im Agrarsektor. Aufgrund der neuen Mechanismen in bezug auf die Eigenmittel und aufgrund der Konsolidierung der britischen Kompensationszahlungen, wird Frankreich in der Tat wichtigster Beitragszahler in der Finanzierung dieser Rückvergütung (von 23,5% auf 31,5%). Im Gesamten dürfte sich der französische Nettosaldo, der sich mehr oder weniger in der Union der 15 stabilisiert hatte, in der Perspektive eines auf 21 Mitgliedstaaten erweiterten Europas deutlich verschlechtern. Dies ist ohne Zweifel ein Punkt, der dem französischen Parlament schwierig zu verkaufen sein wird, wenn es die neuen Entscheidungen im Bereich der Eigenmittel zu ratifizieren hat.

Die Europäische Verteidigungspolitik: Fortschritte und Perspektiven

Das von Elysée und Matignon gleichermaßen verfolgte Hauptziel, die Einrichtung der EVG, hat aus französischer Sicht Fortschritte gemacht.

Nachdem im Oktober 1997 die Verhandlungen, die zur Rückkehr in die integrierten Strukturen der NATO geführt hätten, abgebrochen worden waren, befand sich Frankreich Ende Sommer 1998 in einer Situation, die eigentlich keine großen Initiativen erwarten ließ. Die Ad-hoc-Kooperation mit der NATO für Aufgaben der Krisenbewältigung außerhalb der integrierten Struktur bewahrend, verlief die verfolgte Politik entlang zweier Prioritäten: Die mageren Ergebnisse des Vertrages von

Amsterdam sollten aufgewertet und die Umgestaltung der atlantischen Allianz vorangebracht werden. Die EVG war seitdem als ein Ziel präsentiert worden, das zu verfolgen „Erfindungsgabe und Hartnäckigkeit" erforderte und gleichzeitig auch Pragmatismus. Eine solche Methode bedeutete die maximale Ausnutzung des neuen Konzeptes der „Gemeinsamen Strategie", auch im Bereich der Verteidigung, der Rückgriff auf die WEU und „eine eventuelle Angleichung der Gipfel der WEU an die des europäischen Rates"[10]. Chirac schlug vor, einen Rat der Verteidigungsminister der Europäischen Union einzurichten, um die europäische Identität innerhalb der NATO besser bekräftigen und die Rolle der WEU präzisieren zu können[11]. Diesem französischen Programm schlossen sich kleinere Schritte im Bereich der militärischen Kooperation mit den Partnern an: Überlegungen zur Anpassung des europäischen Korps, die Aufwertung von „Euroforces" und der Wille, eine industrielle und technologische Basis zu gründen, die sich auf einen europäischen Markt für Waffen stützt. [12]

Im Bereich der europäischen Verteidigung ist der Aufschwung mit der von Tony Blair geprägten radikalen Entwicklung in der britischen Verteidigung gekommen, die in der französisch-britischen Erklärung von St. Malo vom 4. Dezember 1998 deutlich zum Ausdruck kommt.[13] Diese besteht darin, nunmehr das zu akzeptieren, was Großbritannien bisher stets kategorisch abgelehnt hatte: der Europäischen Union Kompetenzen im Bereich der Verteidigung zuzusprechen, im Hinblick vor allem auf eine „autonome Aktionsfähigkeit", die sich „auf glaubwürdige Militärkräfte stützt, indem auf die europäischen militärischen Kapazitäten in der NATO oder außerhalb der NATO im Bedarfsfall zurückgegriffen wird". Es sind dies die Grundlagen für eine europäische Verteidigungspolitik auf der Basis der Entwicklung einer ausschließlichen europäischen Aktionsfähigkeit innerhalb der Allianz. Nachdem Frankreich zugestimmt hatte, die EVG innerhalb des Rahmens der NATO zu etablieren, kam es zum britischen Umschwung, den institutionellen Rahmen der Union als Ort der Erarbeitung einer europäischen Verteidigungspolitik zu akzeptieren. Diese Kehrtwende hat die Überwindung der Blockaden ermöglicht, die bisher den Übergang von der Rhetorik zur Aktion verstellten. Man muß allerdings hinzufügen, daß dieser unzweifelhafte Fortschritt von der erneuten Bestätigung des von Paris und London geteilten Credos über den intergouvernementalen Charakter des in Angriff genommenen Prozesses begleitet wird. Präsident Chirac hat auf der Pressekonferenz des Gipfels von St. Malo keinen Zweifel über die Präferenzen gelassen, indem er deutlich auf den „puren intergouvernementalen Charakter" des anvisierten Schemas verwies. Eine solche Option läßt gegenwärtig das Entscheidungsproblem bei einer militärischen Aktion im Falle von Uneinigkeit unter den Mitgliedstaaten der Union ungelöst.

Die Krise im Kosovo hat die Lücke zwischen dem Diskurs über die europäische Verteidigung und der tatsächlichen Aktionsfähigkeit der Union verdeutlicht. Zugleich hat sie die Ohnmacht einer Diplomatie aufgezeigt, die sich nicht auf militärische Kraft stützen kann. Seit den Verhandlungen von Rambouillet unter französischer und britischer Kopräsidentschaft haben die Europäer, und insbesondere Frankreich und Deutschland, daran gearbeitet, Rußland am Friedensprozeß zu

beteiligen und die UNO wieder ins Spiel zu bringen[14]. Nach dem deutsch-französischen Gipfel von Toulouse (29. März), der den Beitritt Deutschlands zum französisch-britischen Schema verdeutlichte, hat der Europäische Rat von Köln vom 3. und 4. Juni 1999 bestätigt, daß die Fünfzehn eine europäische Verteidigungspolitik und die Veränderungen der GASP, die dadurch notwendig werden, akzeptieren. Dies gilt insbesondere für die Integration der WEU in die EU[15]. Die von Paris erteilte Zustimmung zu den Prinzipien und Orientierungen, die im Text der deutschen Präsidentschaft enthalten sind, ist eindeutig, doch wird sie begleitet von einigen Feinheiten in bezug auf die Modalitäten der Verwirklichung. Entschieden pragmatisch will Frankreich, das so lange für die Integration der WEU in die EU gekämpft hatte, sich nicht in den vorgeschlagenen Zeitkalender drängen lassen (Ende 2000). Dies geschieht ohne Zweifel aus Angst, daß überstürztes Handeln zu einem Transfer der wenigen Mittel der WEU auf die NATO führen und der Entwicklung von autonomen europäischen Kapazitäten schaden könnte, an der Frankreich weiterhin sehr interessiert ist. Im gleichen Maße wird die Idee, daß der neue Hohe Vertreter der GASP ebenfalls Generalsekretär der WEU sein solle, als ein wenig voreilig gesehen, auch wenn es keine prinzipiellen Einwände zu dieser Option gibt. Frankreich bleibt auch weiterhin achtsam gegenüber dem Problem der Nichtübereinstimmung der Mitgliedschaften der EU-Mitglieder in der WEU und in der NATO und der Möglichkeit, im Bereich der Verteidigung die „verstärkten Kooperationen" anzuwenden, die in der GASP durch den Vertrag von Amsterdam ausgeschlossen sind[16], um eventuelle Uneinigkeit innerhalb der Union zu regeln.

Anmerkungen

Übersetzt von Melanie Morisse-Schilbach, Doktorandin am Graduiertenkolleg „Das neue Europa", Humboldt-Universität zu Berlin.

1 Vgl. Libération v. 19.1.1999.
2 Vgl. ebd.
3 Vgl. Verfassungsgesetz Nr. 99-49 v. 25.1.1999, in: Journal officiel de la République Française v. 26.1.1999.
4 Gesetz Nr. 99-229 v. 23.3.1999, in: Journal Officiel de la République Française v. 25.3.1999.
5 Vgl. Plus d'un Européen sur deux ignore le Parlement de Strasbourg, in: Le Monde v. 28.5.1999.
6 Vgl. Lequesne, Christian; Françoise de la Serre: Frankreich, in: Weidenfeld, Werner; Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1997-98, Bonn 1998, S. 331-338.
7 Die Ergebnisse der Wahlen finden sich in der Dokumentation in diesem Band.
8 Vgl. zur institutionellen Reform insbesondere Pierre Moscovici: Au coeur de l'Europe. Gespräche mit Henri de Bresson, Paris 1999, S. 40-52.
9 Vgl. Le Monde, La France propose une réforme de la PAC, v. 2.2.1999 und „Réforme de la PAC: la proposition française augure mal d'un compromis, ebd. v. 21./22.2.1999.
10 Rede Jospins vor der IHEDN am 3.9.1998.
11 Rede Chiracs vor der Konferenz der Botschafter am 26.8.1998, in: Le Figaro v. 27.4.1999.
12 Vgl. Rede Jospins, a.a.O.
13 Text in Le Monde v. 6/7.12.1998.
14 Vgl. La diplomatie européenne aux commandes, in: Le Monde v. 5.6.1999 und L'arme allemande sans tabous, in: Le Monde v. 20/21.6.1999.
15 Siehe in den Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Köln den Bericht der Präsidentschaft über „Le renforcement de la politique européenne commune en matière de sécurité et de défense".
16 Vgl. Françoise de la Serre: Une Europe ou plusieurs? in: Politique étrangère 1 (1999), S. 21-35.